

A40neu Konsequenzen aus der Bundestagswahl ziehen!

Antragsteller*in: Hermann Kuhn (Bremen-Mitte KV)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 I.

2 Sehr viele Mitglieder der Grünen haben in Bremen einen engagierten Wahlkampf
3 gemacht. Damit haben wir das Bremer Mandat verteidigt und zum insgesamt guten
4 Ergebnis der Grünen beigetragen. Dennoch dürfen wir uns mit dem schlechteren
5 Ergebnis gegenüber 2013 nicht einfach abfinden, müssen uns die hohen Verluste in
6 den grünen „Hochburgen“ zu denken geben, besonders im „Viertel“, aber auch in
7 der Neustadt.

8 Wir sollten die Ursachen für unser Bremer Ergebnis nicht einfach in der
9 allgemeinen Großwetterlage (wie der unklaren Bündnis- und Machtoption) suchen,
10 sondern auch in unserer Landes-, Kommunal- und Stadtteilpolitik in Bremen und
11 Bremerhaven. Da ist die öffentlich sehr kontrovers diskutierte Bilanz der rot-
12 grünen Regierungsarbeit (in Land und Stadt Bremen) zu nennen, die die
13 Diskussionen an den Wahlkampfständen diesmal stark bestimmt hat. Unser Wahlkampf
14 hat darauf zu wenig geantwortet, es fehlten die mobilisierenden Inhalte, die
15 flexibel auf die aktuellen Ereignisse reagierten hätten (Stichwort: Klimakrise).
16 Zugespitzt: Zu viel nur Moderation, zu wenig politische Führung.

17 Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass die Grüne Partei insgesamt in Bremen
18 – im Land und in der Stadt – gegenwärtig öffentlich zu wenig als die gestaltende
19 politische Kraft wahrgenommen werden konnte, die unser Anspruch und unsere
20 Aufgabe ist.

21 II.

22 Verlauf und Ergebnis des Bremer Bundestagswahlkampfes sind eine deutliche und
23 dringende Aufforderung an uns Grüne in Bremen, in den kommenden sechs bis zwölf
24 Monaten unsere Politik zu überprüfen und gezielt zu verbessern, um selbstbewusst
25 mit grünen Zielen und Vorschlägen in die nächste Bürgerschaftswahl 2019 gehen zu
26 können. Wir müssen uns auf einen eigenständig grünen Wahlkampf vorbereiten, mit
27 dem klaren Ziel, auch zukünftig die Politik in Bremen und Bremerhaven
28 verantwortlich mitzugestalten. Denn eine ökologisch verantwortliche
29 Stadtentwicklung, eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik und eine
30 Sozialpolitik gerade für diejenigen, die sie am dringendsten benötigen: Das gibt
31 es nur mit starken Grünen.

32 Auch deshalb sollten wir gemeinsam klarer und selbstbewusster als bisher die
33 Erfolge der grünen Regierungsbeteiligung in Land und Stadt Bremen hervorheben:
34 Die Einhaltung des Sanierungskurses, auch als Voraussetzung der erfolgreichen
35 Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen; die Schaffung der Voraussetzungen
36 für steigenden Wohnungsbau bei gleichzeitiger größtmöglicher Schonung der
37 Freiflächen und der städtischen Umwelt; die den Menschen zugewandte Aufnahme
38 vieler Flüchtlinge und ihre beginnende Integration – um hier nur einige
39 wesentliche Punkte zu nennen.

40 Gleichzeitig aber benennen wir auch Fehler, Mängel und dringende
41 Handlungserfordernisse klar und verpflichten uns, an Lösungen zu arbeiten. Wir
42 stellen uns den unvermeidlichen Zielkonflikten einer wachsenden und

- 43 solidarischen Stadt und übernehmen Verantwortung auch mit schwierigen
44 Entscheidungen. Denn unser Wählerauftrag ist gutes Regieren.
- 45 Die Landesmitgliederversammlung fordert daher Landesvorstand,
46 Bürgerschaftsabgeordnete, die grünen Mitglieder des Senats und die grünen
47 Beiräte auf, je nach Verantwortungsbereich, gemeinsam unter anderen folgende
48 dringenden Vorhaben – Klärung und/oder Umsetzung – im kommenden Jahr in Angriff
49 zu nehmen:
- 50 1. Stadtteilbezogene Darstellung der Investitionen Bremens (2018 und 2019);
51 fortlaufende, vorausschauende und zeitnahe Berichterstattung im Internet über
52 die Fortschritte in Planung und Bau; auch als Grundlage einer grünen
53 Schwerpunktbestimmung der kommenden Jahre.
 - 54 2. Weiterentwicklung – unter anderem durch einen „grünen Ratschlag“ – von
55 internetbasierten Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger, bei
56 Gewährleistung des Zugangs für alle, unabhängig von Ausbildung, Muttersprache
57 und sozialer Lage.
 - 58 3. Unabhängig davon kurzfristig erkennbare Beschleunigung bei der Bewilligung
59 vor allem von Elterngeld und Wohngeld.
 - 60 4. Erarbeitung von neuen und zeitgemäßen Vorschlägen für eine ökologisch
61 orientierte und frauenspezifische Wirtschaftsförderpolitik in Bremen.
 - 62 5. Fortschreibung des Klima- und Energieprogramms, mit Bilanz der bremischen
63 CO₂-Entwicklung und Maßnahmenpaket zur Erreichung der Klimaschutzziele nach dem
64 Bremischen Klimaschutzgesetz.
 - 65 6. Aktionsplan für mehr Grün und Baumschutz in Bremen, Verabschiedung einer
66 Gründachsatzung im Rahmen der Novellierung der Landesbauordnung.
 - 67 7. Sicherstellung der politischen Leitbildumsetzung (Stärkung der Innenstadt als
68 Ganze) bei der städtebaulichen Entwicklung der Innenstadt durch Investoren.
 - 69 8. Maßnahmenplan mit ausgewiesenen Flächen zur Förderung der Artenvielfalt und
70 der „essbaren Stadt“.
 - 71 9. Entwicklung eines städtebaulichen Konzeptes für die Rennbahn mit einem
72 Schwerpunkt der Ansiedlung von Beschäftigten der Betriebe in Hemelingen und
73 Sebaldsbrück.
 - 74 10. Neuordnung der Eigentumsverhältnisse bei Brebau und Gewoba ohne
75 Zugriffsmöglichkeiten für Finanzinvestoren.
 - 76 11. Umsetzung von Tempo 30 vor allen Schulen und Kitas, Krankenhäusern und
77 Seniorenheimen.
 - 78 12. Beschleunigung beim notwendigen Um-, An- und Ausbau von Schulen und
79 Kindergärten, vor allem auch in den neu geschaffenen Ganztagsgrundschulen, durch
80 ressortübergreifende Straffung der Verfahren ähnlich wie bei der Schaffung von
81 Flüchtlingsunterkünften.
 - 82 13. Beitrag zur dringend erforderlichen Diskussion mit allen Beteiligten, vor
83 allem der Lehrerschaft, über die tatsächlichen Ursachen der Ergebnisse von
84 bundesweiten Leistungsvergleichen und über Möglichkeiten der Verbesserung der
85 Qualität im Schulunterricht.

86 14. Erarbeitung des grünen Standpunktes zur Weiterführung des „Schulkonsenses“
87 in Bremen (Zwei-Säulen-Modell, Inklusion u.a.).

88 15. Verlässliche Organisation von nachhaltigem Sprachunterricht und der
89 Vorbereitung auf auf- und nachholende Schulabschlüsse für junge Geflüchtete, um
90 die Ausbildungschancen zu erhöhen; Unterstützung bei der Suche und der
91 Wahrnehmung von Lehrstellen.

92 16. Bessere Unterstützung von alleinerziehenden Frauen, u.a. durch Ausbau der
93 Teilzeitausbildung und zunächst modellhafter Einführung randzeitenorientierter
94 Kinderbetreuungsangebote; gezielte Maßnahmen für geflüchtete Frauen
95 (berufsspezifischer Spracherwerb und Anerkennung von Qualifikationen).

96 17. Erarbeitung eines Spielraum- und Freiraumförderkonzeptes („Stadt in
97 Bewegung“); Umsetzung zunächst in zwei bis drei Stadtteilen.

98 18. Verabschiedung eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der
99 Behindertenrechtskonvention.

100 III.

101 Wir müssen vordringlich einen neuen Schub des Meinungsaustausches mit
102 Bürgerinnen und Bürgern organisieren. Die Landesmitgliederversammlung fordert
103 deshalb den Landesvorstand, die gemeinsame Arbeit in den nächsten sieben
104 Monaten (bis zur Sommerpause 2018) in folgenden Schritten zu strukturieren

105 Die Landesarbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, mindestens je eine
106 öffentliche Diskussion zu organisieren zu einem wesentlichen aktuellen
107 Problem/Kontroverse.

108 Im Mai und Juni werden jeweils an einem Wochenende an möglichst vielen Punkten
109 Aktionen „(K)ein Wahlkampfstand“ organisiert. Material: Bestandsaufnahmen in
110 verschiedenen Politikbereichen über das Erreichte, das (Noch-)Nicht-Erreichte
111 und die Aufgaben.

112 Im Juni vor der Sommerpause Organisation eines Programmkongresses auf der
113 Grundlage von Vorlagen der Landesarbeitsgemeinschaften, der Kreisverbände, der
114 Fachabgeordneten und der grünen Senatsmitglieder.

115 In der Sommerpause Verfassen des Programmentwurfs durch die zu wählende
116 Programmkommission, Diskussion in der Partei ab September und Verabschiedung im
117 November/Dezember 2018.

Begründung

Der Antrag geht davon aus, dass wir nach dem Verlauf und dem Ergebnis der Bundestagswahl in zwei Richtungen erkennbare Konsequenzen ziehen sollten. Zum einen (Teil II) in Wahrnehmung unserer Regierungsmitverantwortung eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen und Entscheidungen vorzubereiten (deshalb fehlt hier auch Bremerhaven, da wir da leider nicht mehr mitregieren). Und zum anderen (Teil III) die Organisation eines breiteren Austausches mit der Gesellschaft, um uns Grundlagen für unsere Wahlkampagne 2019 zu erarbeiten.

Unterstützer*innen

Henrike Müller (KV MÖV); Robert Bücking (KV MÖV); Maike Schaefer (KV Nord); Daniel Buscher (KV MÖV); Helga Trüpel (KV MÖV); Carsten Werner (KV MÖV); Matthias Güldner (KV Kreisfrei)